

# Wirtschaftspolitische Forderungen des BDS Bayern

Stand: März 2011

## „Goldgräberstimmung“ im bayerischen Mittelstand

Der BDS Geschäftsklimaindex, der BDS Geschäftserwartungsindex und der BDS Mitarbeiterentwicklungsindex erreichen im Winter 2010 / 2011 ihr bisheriges Rekordniveau. Noch nie seit Einführung des BDS Stimmungstests vor über 5 Jahren waren die Lage und die Erwartungen im bayerischen Mittelstand so gut wie heute. Selbst der BDS Geschäftsklimaindex bislang „kritischer“ Regionen wie Ostbayern (+43) oder Branchen wie dem Tourismus (+21) haben sich im Vergleich zum Sommer 2010 (damals +24 / +4) deutlich verbessert.

*Mit dem starken Wachstum gehen auch Risiken einher. Jeder vierte Mittelständler möchte zusätzliches Personal einstellen – bei einem schon jetzt geringen Angebot am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. 4 von 10 erwarten, weiter zu wachsen – das dazu nötige Kapital muss erst beschafft werden. Und die Risiken auf den internationalen (Finanz-) Märkten führen bei den exportierenden Unternehmen bereits zu einer leichten Abkühlung des BDS Geschäftserwartungsindex um 10 Punkte, von +45 auf nunmehr +35.*

## Die nächste Finanzkrise verhindern

Unkalkulierbare Finanzierungsgeschäfte, explodierende Staatsschulden, sinkende Wachstumsraten, maßlose Provisionssysteme und falsche Kreditratings – die Horrorliste der hinter uns liegenden Finanz- und Wirtschaftskrise ist lang. Doch was hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren zum Guten hin verändert, will der BDS Bayern von den bayerischen Vertretern im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament wissen. Erschreckend und beschämend wenig, lautet das eigene Fazit. Die Schuldenberge wachsen unaufhörlich weiter, Bonuszahlungen und Provisionen haben eine neue Rekordhöhe erreicht und die Banken, Investoren und Ratingagenturen nutzen weiterhin alle Spielräume, die ihnen die in sich selbst zerstrittene Politik und deren Aufseher bieten.

*Mehr Konsequenz und Transparenz fordert der BDS Bayern bei der Regulierung von Staaten, Finanzplätzen und der Finanzwirtschaft ein. Schulden dürfen nicht länderübergreifend auf die Bürger abgewälzt werden, die Verantwortlichen dürfen sich nicht länger dem Risiko entziehen, es muss zu einem glaubhaften Mentalitätswechsel kommen. Der Standort Bayern ist in massiver Gefahr.*

## Gewinne lassen sich besteuern, Schulden nicht

Geht es nach dem Willen der klammen Städte und Gemeinden, dann müssen künftig auch Freiberufler Gewerbesteuer zahlen. Und die Steuerlast auf Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- oder Franchisegebühren soll weiter steigen. Nicht weiter Sorgen soll sich der Mittelstand, denn ein Freibetrag wird ihn auch weiterhin vor einer Substanzbesteuerung bewahren. Dieser Sichtweise haben sich Bayerns Grüne nun angeschlossen, mit einem (Dringlichkeits-) Antrag im Bayerischen Landtag, der in den zuständigen Fachausschüssen mit der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt wurde.

*Der BDS Bayern lehnt eine Erweiterung der gewerbesteuerlichen Bemessungsgrundlage und eine Vorfestlegung ab. Wer Betriebe, die mit dem Rücken an der Wand stehen, besteuert, der zerreißt das unverzichtbare Band zwischen den Kommunen und dem standorttreuen Mittelstand. Freibeträge sind Schmerzmittel, sie lindern nur die Symptome. Eine Bundeskommission – übrigens ohne Beteiligung der Wirtschaft – prüft derzeit Alternativen zur Gewerbesteuer. Zumindest deren Erkenntnisse sollte man abwarten, bevor man sich festlegt.*

### **Der Schulabschluss ist nicht einzig entscheidend für den Ausbildungsplatz**

Sorgen macht sich die bayerische SPD um die Ausbildungschancen der Hauptschulabgänger, angesichts des doppelten Abiturjahrgangs, dem Ende der Wehrpflicht und der europaweiten Öffnung des Arbeitsmarktes. Dass kein Anlass zur übertriebenen Sorge besteht, betonte u.a. der BDS Bayern bei einer Expertenanhörung im Landtag. Sinkende Schulabgängerzahlen auf der einen Seite und der ungebrochene Ausbildungswille der Wirtschaft auf der anderen Seite haben schon 2010 zu einem deutlichen Angebotsüberhang geführt. Wer also einen Abschluss hat, zuverlässig, einsatzbereit, lern- und teamfähig ist, der findet auch 2011 einen Ausbildungsplatz in Bayern.

*Der BDS Bayern plädiert für eine bessere Vermittlung sogenannter Soft Skills, z.B. in Schulen, durch Vereine oder das Elternhaus. Relevant sind: Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft, Lernfähigkeit, Teamfähigkeit, Konfliktlösung, Risikobewertung, Methodenentwicklung oder Verhandlungsfähigkeit. Zentrale Herausforderung an die Schulen ist die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Familien. Bisher verlassen 8 von 100 Schülern die Schule ohne Abschluss. Diese Quote muss weiter reduziert werden.*

### **Mitarbeiter fehlen an allen Ecken und Enden**

Jeder vierte Betrieb im Freistaat hat laut aktuellem BDS Stimmungstest offene Stellen. Facharbeiter sind besonders rar, doch auch Akademiker und Hilfskräfte werden gesucht. Bei 86 von 100 betroffenen Betrieben hat dies bereits finanzielle Bremsspuren hinterlassen. Die Firmenchefs wollen reagieren: mit mehr Weiterbildung, einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Beschäftigung älterer Mitarbeiter. Dies alleine wird nicht reichen.

*Der BDS Bayern fordert die Politik auf zu handeln – in der Bildungs- und Familienpolitik ebenso wie bei der Integration (siehe oben). Unser Nachbarland Österreich hat sich des Themas mit der Ö-Card auf einem interessanten Weg angenommen, den es auch für Bayern zu prüfen gilt.*

### **Wie viele Verkaufsregale verträgt das Land?**

Das Einkaufsverhalten der Bayern hat sich verändert. Die Menschen sind mobiler geworden, ihre eigenen Arbeitszeiten flexibler. Der Tante-Emma-Laden ist Aldi, Lidl oder ebay zum Opfer gefallen, jeder Kreisverkehr braucht seinen eigenen Supermarkt – ob er nun am Rande eines 500 Seelen-Dorfs oder einer Millionenmetropole steht. Ist billig, schnell und groß die unvermeidbare Alternative zu lebendigen und historisch gewachsenen Strukturen in den Zentren unserer Dörfer und Städte? Was ist zeitgemäß, was zwangsläufig, was hoffnungslos? Das ist der eigentliche Kern hinter der Frage, bis zu welcher Verkaufsflächengröße künftig jeder Ort selbst entscheiden darf, wer wann und wo seine Ladentür öffnen darf. Die bisherige Grenze von 800 Quadratmetern hat der Bayerische Ministerrat nun auf 1.200 erhöht – gegen die massive Kritik des BDS Bayern oder auch der Handwerkskammern, die ein weiteres Ausbluten ihrer mittelständischen Klientel fürchten. Hinzu kommt: das Landesentwicklungsprogramm (kurz LEP), das sämtliche Fragen der Regionalentwicklung enthält, soll 2011 ohnehin neu geschrieben werden. Warum also einen Teilaspekt herauslösen, wenn ohnehin alle Fragen eng miteinander verworren sind? Die Diskussion wird weiter gehen, nicht zuletzt aufgrund der harschen Kritik am Gutachten der Zukunftsrates.

*Der BDS Bayern fordert die Staatsregierung zum offenen Dialog mit allen relevanten Gruppen auf, mit dem Ziel einer modernen und effizienten Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP), ohne die Herauslösung einzelner Bestandteile. Unverzichtbare Ziele sind die Erhaltung einer flächendeckenden und innerörtlichen Nahversorgungsstruktur, der sparsame Umgang mit Flächen und keine Zersiedelung der Landschaft.*

## **Bürokratieabbau scheitert an der Bürokratie – und leeren Kassen**

Lange Jahre kritisierte die Politik, dass die Wirtschaft zwar nach Bürokratieabbau ruft, doch keine konkreten Vorschläge macht. Das hat nun ein Ende. Die bayerischen Kammern und Verbände haben gemeinsam und auch einzeln eine Vielzahl unterschiedlichster Vorschläge unterbreitet. Der BDS Bayern hat die aus seiner Sicht wichtigsten 15 Vorschläge in einem eigenen Positionspapier zusammengefasst – beginnend vom Steuerrecht über das Sozial- und Arbeitsrecht bis hin zum Güterverkehr.

*Der Ball liegt nun im Spielfeld der Politik. Von welchen Regeln sich die Verwaltung trennen mag und welcher Bürokratieabbau doch ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif ist, wird die Zukunft zeigen. Die Vorschläge des Mittelstandspaktes Bayern müssen unverzüglich abgearbeitet werden.*

## **Ladenöffnungszeiten nicht weiter ausdehnen**

Die mittelständische Wirtschaft hat bislang nicht von längeren Öffnungszeiten profitieren können. Belastbare empirische Belege für Ertragssteigerungen sind uns nicht bekannt. Mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Öffnungszeit von über 50 Stunden ist beim kleinen und mittleren Einzelhandel bereits eine individuelle Belastungsgrenze des Inhabers erreicht. Steigende Freiräume fördern die größenbedingten Wettbewerbsnachteile mittelständischer Strukturen – häufig in zentralen Lagen – zu Gunsten von Großanbietern. Längere Öffnungszeiten sind keine Erfolgsstrategie für kleine und mittlere Handelsstrukturen. Vorzuziehen sind beispielsweise die Förderung von Kooperations- oder Online-Modellen. Die Kommunen profitieren nur teilweise von ihrer größeren Entscheidungsfreiheit. Damit verbundene Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse steigern ihren Aufwand.

*Der BDS Bayern fordert: Die Öffnungszeiten an Werk-, Feier- und Sonntagen ändern sich grundsätzlich nicht. Abendliche Eventverkäufe an Werktagen haben sich in der Praxis bewährt. Wenige Verkaufstermine dieser Art sollten pro Jahr möglich sein. Eine eng begrenzte Anzahl verkaufsoffener Sonntage hat sich ebenfalls in der Praxis bewährt. Die bisherigen Regelungen sollten allerdings moderner ausgestaltet werden.*

## **Neuer Rundfunkbeitrag darf die Wirtschaft nicht zusätzlich belasten**

Im Dezember 2010 haben die Ministerpräsidenten der Länder eine Neuordnung der Rundfunkgebühren ab 2013 beschlossen. Wesentlichste Neuerung ist die Abkehr vom gerätebezogenen Ansatz hin zu einem nutzergruppenbezogenen. Die Höhe des Firmenbeitrags richtet sich künftig nach Anzahl der Beschäftigten je Betriebsstätte, Anzahl der nicht privat genutzten Fahrzeuge sowie Anzahl der vermieteten Zimmer. Bis zum 01.01.2013 bleibt die bisherige gerätebezogene Rundfunkgebühr, bestehend aus einer Grundgebühr von 5,76 € und einer Fernsehgebühr von 12,22 €, d.h. insgesamt 17,98 Euro pro Monat bzw. 215,76 € pro Jahr erhalten. Die bislang für das Inkasso der Rundfunkgebühren zuständige Gebühreneinzugs-Zentrale (kurz GEZ) bleibt auch über den 01.01.2013 erhalten – ihr Prüfungsaufwand reduziert sich allerdings erheblich.

*Der BDS Bayern fordert: Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erfolgt über einen an den einzelnen Empfängergruppen ausgerichteten Rundfunkbeitrag. Die jährliche Beitragssumme darf 7,5 Milliarden Euro insgesamt nicht überschreiten, der Anteil der Wirtschaft darf daran maximal sechs Prozent betragen. Beitragspflichtig sind alle Empfänger, die eigenes Einkommen erzielen sowie alle Institutionen, Unternehmen bzw. Selbständige mit Beschäftigten. Aus der jeweiligen Beitragssumme und der Anzahl der Beitragspflichtigen – unterschieden nach privaten und gewerblichen bzw. öffentlichen Empfängern – errechnet sich die Höhe des Rundfunkbeitrags. Bei gewerblichen bzw. öffentlichen Empfängern wird die Höhe des Rundfunkbeitrags nach Anzahl der Beschäftigten gestaffelt. Teilzeitkräfte werden anteilig hinzuge-*

*rechnet, Auszubildende gar nicht. Den sozialen Ausgleich gewährleistet der Staat über Steuermittel. Mittels eines Benchmarks wird jährlich ermittelt, ob sich der Finanzierungsbedarf aller privaten wie öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Mittel verringert hat. Die jährliche Beitragssumme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland wird entsprechend gesenkt.*

#### **Fairer Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen**

Mit dem derzeit diskutierten Gesetzesentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes will die Bayerische Staatsregierung jährlich 6,8 Millionen Euro einsparen. Die geplante Ersparnis liegt im Promillebereich des Bayerischen Staatshaushaltes. Davon auch betroffen sind die 139 privaten Volksschulen im Freistaat. Der Gesetzesentwurf sieht u. a. vor, Sachkosten zu pauschalieren, mit dem Argument, dass dadurch die Verwaltungskosten erheblich gesenkt werden können. Dies dürfte zahlreiche private Schulträger in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Viele Schulen werden damit eine Erhöhung des Schulgeldes nicht vermeiden können, was wiederum eine Zusatzbelastung der Eltern zur Folge hat. Private Schulen sind neben den staatlichen Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil unseres bayerischen Bildungswesens, das beim jüngsten innerdeutschen Ländervergleich die Spitzenposition erreicht hat.

*Der BDS Bayern spricht sich für einen fairen Wettbewerb zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft aus. Der faire Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen ist im bayerischen Koalitionsvertrag vereinbart. Diesen fairen Wettbewerb sehen wir durch den vorliegenden Gesetzesentwurf bedroht. So fordern wir eine Gesetzesänderung, die auch weiterhin einen fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen zulässt.*